

IMPRESSUM

SPARKASSE erscheint monatlich.
Bezugspreis: 145 Euro (inkl. Versand und MwSt.) für 12 Ausgaben im Jahresabonnement (Inland). 135,51 Euro (inkl. Versand ohne MwSt.) für das Jahresabonnement (Ausland). Der Betrag wird jährlich im Lastschriftverfahren eingezogen, jeweils im 1. Quartal im Voraus.
 Einzelverkaufspreis: 13,60 Euro (inkl. Versand und MwSt.).
 ISSN 0038-6561

Jetzt SPARKASSE testen:
 Sie erhalten 3 Ausgaben zum Vorteilspreis von 19,90 Euro und sparen so mehr als 50 Prozent.
 Info: 07 11 7 82-12 52
 www.sparkassenzeitung.de/cgi-bin/formulare/form/fz_spk

Herausgeber: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin.

Chefredakteur: Oliver Fischer

Redakteur:

Dr. Peter-Christoph Becker
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors wieder, nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers.

Titelfoto:

Roland Magunia

Anschrift der Redaktion:

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Postfach 110180, 10831 Berlin; Charlottenstr. 47, 10117 Berlin,
 Telefon +49 30 2 02 25-51 53
 Telefax +49 30 2 02 25-51 52,
 E-Mail: sparkasse@dsgv.de
 www.sparkasse-magazin.de

Satz und Repro:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Golm

Druck und Weiterverarbeitung:
 M. P. Media Print Informations-technologie GmbH, Paderborn

Verlag:

Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Am Wallgraben 115, 70565 Stuttgart,
 Telefon + 49 7 11 7 82-0,
 Telefax +49 7 11 7 82-1635.

Objektleitung:

Gerhard Baumgart

Herstellung: Deborah Forbrich**Vertrieb:**

Lothar Barthel
 Telefon: 07 11 7 82-16 93
 Lothar.Barthel@dsv-gruppe.de
 Luise Dingler
 Telefon: 07 11 7 82-12 52
 Luise.Dingler@dsv-gruppe.de

Anzeigenverwaltung: Verlags-Marketing Stuttgart GmbH, Reinsburgstr. 82, 70178 Stuttgart,
 Telefon: +49 7 11 2 38 86-20,
 Telefax: +49 7 11 2 38 86-25

Produkt- und Imageanzeigen aus der Sparkassen-Finanzgruppe:

Anneli Baumann,
 Telefon +49 711 782-1278,
 Telefax -2080,

Gültig ist die Anzeigenpreislise Nr. 35 vom 01.01.2012.

Bestellungen und Abbestellungen ausschließlich beim Deutschen Sparkassen Verlag. Kündigungsfrist 4 Wochen zum Jahresende. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Tabellen und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Mitglied der Fachgruppe Fachzeitschriften im VDZ. Artikelnummer: 328 081 506



WÄHRUNGSUNION

Demokratie sieht anders aus



Prof. Horst Gischer, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Universität Magdeburg

Kakofonie, definiert als Missklang oder Dissonanz – oder auch als schlecht klingende Folge von Lauten: eine zutreffendere Beschreibung der dissonant-misstönenden Diskussion über den mutmaßlichen Zustand der Europäischen Währungsunion (EWU) lässt sich kaum finden. Kein Tag vergeht, ohne dass – nicht selten selbsternannte – Experten mehr oder weniger skurrile Vorschläge zur Lösung der aktuellen Probleme machen: Der Austritt Griechenlands aus dem Euroverbund, Banken- und Fiskalunion gehören noch zu den seriöseren Ratschlägen. Freilich fordern nahezu zeitgleich mindestens ebenso viele Sachverständige genau das Gegenteil.

Aber selbst unter – vermeintlich – handelnden Politikern ist keine klare Linie erkennbar. Wie anders sollte man sonst die Forderung des Eurogruppenchefs Jean Claude Juncker interpretieren, der europäischen Sache sei besser gedient, wenn insbesondere die politischen Akteure gelegentlich ihre persönlichen Auffassungen für sich behalten würden.

Der unbeteiligte Beobachter verzweifelt nicht nur an der Vielfalt der vorgeschlagenen Rezepte, sondern vor allem bei der Klärung der Frage: Wer hält bei den zahlreichen Problemen der Europäischen Union (EU) tatsächlich die Fäden in der Hand? Oder anders formuliert: Wie steht es mit der demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen?

Politik hat nichts zu melden

Die Fragen stellen sich etwa bei der gegenwärtigen Gemengelage in Griechenland zeigt. Zwar haben die Hellenen nach mehreren Anläufen eine geduldete Regierung gewählt, diese jedoch steht offensichtlich unter der Kontrolle einer Troika, deren Zusammensetzung zwar ökonomisch nachvollziehbar ist, politisch allerdings bestenfalls als willkürlich bezeichnet werden kann.

Ähnlich verhält es sich mit der europäischen Bankenaufsicht. Die Genesis der European Banking Authority (EBA) entspringt

eher dem Zufall als strategisch-politischer Planung. Ihre fragwürdige Performance bei der Durchführung von seltsamen Stresstests spricht für sich. Aus dem ehemals unabhängigen Gremium wurde handstreichartig eine EU-Institution, die allerdings ebenso abrupt von der Bildfläche verschwinden könnte, sollte die Aufsicht über die Kreditinstitute im Rahmen einer Bankenunion bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt werden.

Unkontrollierte Kommission

Womit das Legitimationsproblem leider keineswegs gelöst wäre: Die Bankenaufsicht soll EU-weit geregelt werden, die

Die einzige Institution, die derzeit „regiert“, ist die Europäische Kommission – eine für das deutsche Demokratieverständnis höchst suspekte Einrichtung.

EZB hat aber streng genommen außerhalb der EWU keine allgemeine anerkannte Befugnis.

Wohin man auch schaut: Gipfelbeschlüsse, deren Halbwertszeit in Tagen gemessen werden kann, Absichtserklärungen, de-

nen keine Taten folgen, Strukturrentscheidungen, deren Umsetzung in den Sternen steht. Die einzige Institution, die derzeit „regiert“, ist die Europäische Kommission – eine für das deutsche Demokratieverständnis höchst suspekte Einrichtung. Sie agiert wie die Exekutive in der klassischen Dreigewaltenteilung, steht indes nicht unter der hinreichend stringenten Kontrolle eines mit Kompetenzen ausgestatteten Legislativorgans.

Eine Folge ist die weitgehend unveränderte Adaption des Basel III-Regelwerks ohne eine wirklich substantielle inhaltliche Diskussion, ganz zu schweigen von der fehlenden angemessenen Willensbildung auf nationaler Ebene.

Parlamente ohne Einfluss

Immerhin ist in Deutschland eine Debatte entfacht worden, wie die angestrebte europäische Fiskalunion verfassungsrechtlich zu behandeln sei. Ein Fortschritt, blickt man auf die Hängepartie in Sachen „Europäischer Rettungsschirm“, wo eine Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtes zur Rechtmäßigkeit des Bundestagsvotums noch aussteht.

Es verstärkt sich der Eindruck, dass die Europäische Union, und mit ihr die EWU, zu schnell zu groß geworden ist. Es fehlt an funktionsfähigen Strukturen, die die mit der Größe und der zunehmenden Heterogenität der Union komplexer werdenden Aufgaben bewältigen könnten.

Die Kommission ist ein schlecht koordinierter, nach Proporz Gesichtspunkten zusammengestellter Moloch mit allenfalls mäßiger Sachkenntnis. Dem Europäischen Parlament werden fundamentale Kontrollrechte vorenthalten, und der Ministerrat leidet unter überkommenen Entscheidungsregeln. Nicht zuletzt deshalb bleibt vieles unverbindlich und vage, es dominiert der Minimalkonsens, der kein Problem wirklich löst.

Wer zahlt schafft an, sagt der Volksmund – möglicherweise nicht die schlechteste Regel. ■